Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1911. Nr. 494. Jahrgang 204.

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich siebenmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Heuttelnbell.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbell.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62. Telephon 155 u. 158; Redaktionstelephon 1272. Chefredakteur: Dr. Walther Gebendleben in Halle a. S.

Freitag, 20. Oktober 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telephon Amt VI Nr. 16290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Völkerrechtliche Betrachtungen zum Krieg um Tripolis.

In Nr. 20 der „Deutschen Juristenzeitung" veröffentlicht der Königsberger Professor Dr. Fleischmann (der früher als Landrichter und Privatdozent in Halle a. S. wirkte) völkerrechtliche Betrachtungen zum italienisch-türkischen Krieg. Er behandelt dabei einige Fragen von allgemeiner Bedeutung, die auch eine Wirkung auf deutsche Verhältnisse äußern. Der Verfasser wirft dabei im besonderen zwei Fragen auf, einmal die des räumlichen, dann die des persönlichen Machtbereiches der Türkei. Betreffs der ersteren weist er darauf hin, daß trotz bisher nicht eingetretener Vermittlung der Garantiemächte des Berliner Vertrages das Institut der völkerrechtlichen Garantie noch nicht erstorben sei, wie die Begrenzung des Streitfeldes zeige, die sich Italien durch sein Rundschreiben an die nicht beteiligten Balkanstaaten vom 28. September gesetzt habe, indem es die Aufrechterhaltung des territorialen status quo auf der Balkanhalbinsel und die Festigung der europäischen Türkei proklamiert habe. Eine so eigentümliche Selbstbeschränkung im Gebrauche der kriegerischen Mittel könne nur auf den Fortbestand der Garantie seitens der anderen Garantiestaaten zurückgeführt werden. Bezüglich des persönlichen Machtbereichs der Türkei bejaht Professor Fleischmann die Frage, ob die Türkei berechtigt sei, die Italiener aus ihrem Gebiet auszuweisen. Dem ständen auch nicht die Kapitulationen entgegen, die für den Krieg als zerrissen gelten. Die Italiener seien dem Rechte nach zurzeit des besonderen Schutzes bar, den ihnen für den friedlichen Charakter die Kapitulationen einräumen. Dann sagt der Verfasser mit Beziehung darauf, daß die deutschen Konsuln mit dem Schutz der Italiener beauftraat worden sind, weiter:

„Daß die Italiener auf Ansuchen unter den Schutz der deutschen Konsulat gestellt worden sind — eine politische Folge des sogen. Dreibundes — sieht dem nur scheinbar entgegen. Solcher Schutz sorgt bloß für eine geordnete amtliche Betreitung ihrer Interessen, kann ihnen aber nicht die gleiche bevorrechtete Stellung verschaffen, wie sie die Angehörigen des Reiches genießen. Der deutsche Konsul ist hier im wesentlichen als Beauftragter der italienischen Regierung anzusehen. Da aber diese die Kapitulationen nicht mehr für sich geltend machen kann, so sind eben rechtlich fortan die Italiener auf türkischem Gebiete auch der Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt der Türkei unterworfen; natürlich unter Wahrnehmung der konsularen Hausexemtion. Das läßt dem Zwange Raum, und keineswegs bloß für die Ausweisung; auch zur Schließung der italienischen Schulen und dergleichen. — Repressalien haben flüssige Rechtsgrenzen. Privates Eigentum (banca di Roma!) darf allerdings nicht eingezogen werden. Anders das Staatseigentum, wie es wohl die italienischen Postanstalten in der Türkei darstellen; das wird gemäß Art. 53 der Haager Ordnung von 1907 über die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges zu behandeln sein: Unterbindung des Betriebes und Beschlagnahme der dem italienischen Staate gehörenden Bestände."

„Unverkennbar ist hiermit — so folgert Professor Fleischmann — für die deutschen Konsuln rechtlich wie politisch eine ungemein schwierige Lage geschaffen. Sie ist im wesentlichen bedingt durch die spezifische Unklarheit der Rechtsverhältnisse in der Türkei, der das Völkerrecht gar nicht wenige zweifelhafte Gebilde verdankt, wie Friedensblockade, Meerengenfrage, sogenannte Autonomie und Verwaltung durch fremde Staaten und über all das einzelne hinaus eben die Kapitulationen mit der konsularen Jurisdiktion. Das System der Kapitulationen drängt lange nach einer Aenderung. In welcher Richtung sie sich bewegen wird, ist nicht abzusehen. Eine Großmacht wie Italien könnte in dem — hoffentlich bevorstehenden — Friedensschlusse, unabhängig von den anderen Mächten, nicht wohl einen Verzicht aussprechen, vielleicht aber eine Einschränkung. Damit würde dann freilich die Frage der Konsularjurisdiktion mit ihren kulturell-sozialen Wurzeln und ihren politischen Verzweigungen für alle beteiligte Mächte aufgerollt. Das winkt als rechtliche Fernwirkung des Waffenganges, als eine seiner Wirkungen . . . Doch die Türkei ist völkerrrechtlich das Land der unbegrenzten Möglichkeiten."

Der italienisch-türkische Krieg.

Der Balkan und der Krieg.

Der „Pester Lloyd" erhält von eingeweihter Seite eine Darstellung der durch den italienisch-türkischen Krieg entstandenen Situation, die folgendermaßen charakterisiert wird:

Auf dem Balkan bestehen friedensgefährliche Tendenzen. Diese werden jedoch durch die von den Großmächten beeinflußten Balkanregierungen eingedämmt, so daß vorläufig kein Grund zur Schwarzseherei vorhanden ist. Die Lage könnte sich jedoch verschlimmern, falls der italienisch-türkische Konflikt länger dauern oder sich räumlich ausdehnen würde. Es könnten hieraus Konsequenzen entstehen, die für die Ruhe Europas bedrohlich sein würden.

Türkische Angriffe gegen die Italiener.

Der tripolitanische Korrespondent des „Islam" telegraphiert über Desibat an der tunesischen Grenze, daß die türkischen Truppen gegen die Italiener drei Angriffe unternommen hätten. Bei diesen hätten die Italiener zahlreiche und die Türken nur zwei Tote gehabt. Die Disziplin der Truppen wie der Stämme sei vorzüglich.

„Sabah" erfährt, daß der türkische Militärattachee Enver Bei in Berlin jetzt in Tripolis eingetroffen ist und sich den Truppen, die unter dem Kommando des Pariser Militärattachees Fethi-Bei stehen, angeschlossen hat.

Ein Vertreter Egyptens in Konstantinopel meldete dem türkischen Großwesir, daß in einer Volksversammlung in Egypten 20 000 Pfund für die Fortsetzung des Krieges gegen Italien gezeichnet worden seien.

Die Haltung Amerikas.

„Islam" stellt fest, daß nur die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Neutralität nicht erklärt haben. Das Blatt verzeichnet das Gerücht, die Vereinigten Staaten würden zugunsten der Türkei einschreiten, da die Amerikaner das Ausbeutungsrecht der Schwefelminen in Tripolis besitzen.

In türkischen Kreisen geht das Gerücht, daß Amerika der Türkei seine Unterstützung gegen Angriffe der italienischen Flotte auf die Inseln des Archipels oder Kleinasien zugesagt hätte, wozu die vor Mytilene eingetroffene amerikanische Flotte bestimmt sei.

Die Getreidedurchfuhr.

Die Note der Pforte über die Getreidedurchfuhr durch die Meerengen bezieht sich nicht nur auf russischen Weizen, sondern auf Weizen aus allen Häfen des Schwarzen Meeres.

Die türkische Kabinettsfrage.

Die türkische Kammer hat dem Kabinett mit 125 gegen 60 Stimmen ihr Vertrauen ausgesprochen.

Hierzu läuft später noch folgende nähere Meldung aus Konstantinopel ein:

Die seit Donnerstag früh andauernden Verhandlungen zwischen der Majorität und der Opposition zum Zweck eines Einvernehmens über die Kabinettsfrage scheiterten angesichts des Verhaltens der Opposition, welche hartnäckig forderte, daß die Mitglieder des Kabinetts, die Minister des Krieges, der Finanzen, des Unterrichts, der Justiz und der öffentlichen Bauten aus dem jetzigen Kabinett ausscheiden und daß der Scheik ul Islam zurücktrete, während der Großwesir dies rundweg ablehnte. Gegen 4 Uhr begann die Kammersitzung, die ziemlich bewegt verlief. Die Redner der Opposition haben hervor, das Kabinett sei nicht ein Ministerium, wie es das Land unter den heutigen außerordentlichen Umständen brauche. Rizaniwfik wies die Behauptung zurück, daß Europa die Türkei vernichten wolle, weil sie ein Verfassungsstaat geworden sei. Die Verfassung der Türkei sei zur Komödie geworden. Das Land brauche ein Kabinett, welches nicht nur das Vertrauen der Kammer und der Nation, sondern auch das der Großmächte genieße. Niemand werde einem Kabinett vertrauen, dem die Minister des früheren Kabinetts angehörten. Die Redner der Majorität betonten, der Augenblick sei nicht geeignet für Personenfragen, es handle sich um Leben und Tod der Nation; man müsse an die Verteidigung gegen den feigen Angriff Italiens denken. Sidki, ein Mitglied der Opposition, warf dem Kabinett vor, nur an die Mächte appelliert zu haben. Die Regierung müsse die Italiener ausweisen und die italienischen Etablissements schließen.

Der Großwesir erwiderte einzelnen Rednern der Opposition und betonte, durch die bei den Mächten unternommenen Schritte habe die Regierung viele Dokumente erlangt, durch deren baldige Veröffentlichung das Land über die Haltung jeder Macht Aufklärung erhalten werde.

Die letzten Nachrichten.

Kurz vor Schluß der Redaktion gehen uns noch eine Reihe von Meldungen zu, aus denen wir folgendes wiedergeben:

Das römische Blatt „Messaggero" schreibt: Nach einer der Regierung vom General Caneva zugegangenen Mitteilung ist der Gesundheitszustand der Truppen in Tripolis ausgezeichnet. In der Nacht vom 17. zum 18. Oktober wurde nördlich von Bumeliana-Brunnen eine türkische Patrouille gemeldet, die sich nach kurzem Feuergefecht zurückzog. Sie ließ einen Toten und mehrere Verwundete auf dem Platze. — Das Kriegsgericht sollte gestern zum ersten Male zusammentreten, um über zwei Araber abzuurteilen, die beschuldigt werden, mit dem türkischen Lager in Verbindung gestanden zu haben.

Die Meldung einer Berliner Zeitung aus Tripolis, daß es während der vorletzten Nacht zu heftigen Zusammenstößen zwischen Türken und Italienern gekommen sei, wobei letztere beträchtliche Verluste erlitten hätten, sowie die Nachricht, daß die Cholera unter den Eingeborenen und den italienischen Truppen wüte, sollen, wie aus Rom gemeldet wird, jeglicher Begründung entbehren.

Dem „Deutschen Reichsanzeiger" zufolge sind nach einer amtlichen Mitteilung der ottomanischen Regierung an die deutsche Botschaft in den Häfen Smyrna und Saloniki Kontakminen gelegt worden. Zur Vermeidung von Unfällen wird die Fahrstraße neutralen Schiffen von einem Lotsenboote gezeigt werden.

Noch eine Mahnung an die Nationalliberalen.

Halbamtlich wird geschrieben: Erfahrungsgemäß pflegen die demokratischen Parteien, die sozialdemokratische wie die bürgerlich-demokratische, vor den Wahlen ihre letzten Ziele sorgsam zu verhüllen und sich so harmlos wie möglich den Wählern zu geben. An dieser wohlberechneten Uebung wird auch in der jetzigen Wahlbewegung von beiden Teilen sorgfältig festgehalten. Diese auf Täuschung der Wähler abzielende Taktik würde auch vielfach sicher von Erfolg begleitet sein, wenn nicht zeitweilig die Parteipresse den vorsichtig in den Hintergrund gestellten wirklichen Charakter der Partei enthüllte. Wie neulich der „Vorwärts" mit dürren Worten die Forderung der Beseitigung des Privateigentums durch vollständige Enteignung aussprach, so läßt jetzt die „Freisinnige Zeitung" einen Blick in den wirklichen Vorstellungskreis der freisinnigen Volkspartei an der Hand ihrer Betrachtungen über den Ausfall der Wahlen zum Oldenburger Landtage tun. Dort sind Volkspartei und Sozialdemokraten bei den Wahlen fest verbrüdert zusammengegangen und haben durch dieses Zusammenwirken eine Mehrheit von 25 Stimmen erlangt, von denen 13 auf die Volkspartei, 12 auf die Sozialdemokraten entfallen. Die „Freisinnige Zeitung" widmet diesem Vorgange folgende bezeichnenden Sätze:

„Die Volkspartei als stärkste Partei wird, wie uns aus Oldenburg geschrieben wird, voraussichtlich den Präsidenten stellen, und die gesamte Linke wird es sich nicht nehmen lassen, die Kommissionen in ihrem Sinne zu besetzen. So ist in Oldenburg wirklich freie Bahn für eine liberal-fortschrittliche Politik geschaffen."

Danach also handelt es sich in Oldenburg nicht bloß um ein taktisches Zusammengehen bei den Wahlen, sondern um eine vollständige Verbrüderung von Sozialdemokraten und Freisinnigen zu einer gemeinsamen operierenden Mehrheit im Landtage, und zwar werden die Sozialdemokraten gleichfalls als treue Träger einer liberal-fortschrittlichen Politik bezeichnet. In Oldenburg wird man daher von der sonst so gern betonten Grundverschiedenheit der politischen Auffassung zwischen der bürgerlichen und der sozialen Demokratie nicht mehr reden können. Daß das „Berliner Tageblatt" diese Entwicklung der Dinge mit Genugtuung begrüßt und aus derselben den Schluß zieht, „der Großblock marschiert auch in Deutschland", ist nicht zu verwundern. Man wird aus der Beurteilung der Oldenburger Vorgänge durch die „Freisinnige Zeitung" ja notwendig den Schluß ziehen müssen, daß auch im übrigen einem Zusammenwirken der bürgerlichen und der sozialen Demokratie, und zwar nicht bloß bei den Wahlen, keine ernsten Hindernisse mehr im Wege stehen, daß man von dieser Seite vielmehr auch ganz bereit sein würde, mit den Sozialdemokraten zusammen die gemeinsame Linke des Reichstages zu bilden. Wenn trotzdem die Nationalliberalen ihrerseits an dem Zusammengehen mit der Volkspartei bei den Wahlen auf der ganzen Linie festhalten, so wird man jenem demokratischen Berliner Blatte darin recht geben können, daß die Großblockidee in der Tat auch außerhalb Badens Fortschritte macht, und daß die Nationalliberalen, wenn auch gegen ihre Absicht, durch ihr Zusammengehen mit der Volkspartei ihr den Boden ebnen.

Die Revolution in China.

Nach einer Meldung aus Mukden wurden die Truppen angewiesen, sich zum Ausmarsch bereitzuhalten. Die Absendung der ersten Division ist fast beendet. Neue Truppenteile werden durch Mandschur ergänzt.

Eine Meldung aus Kwang-tschöng-tse (Mandschurei) besagt: Die Revolution rief an der chinesischen Börse eine Panik hervor. Die Noten der Privatbanken fallen alle zwei bis drei Stunden. Die hiesige Bevölkerung ist sehr erregt. Die Polizei riß Mueranschläge ab, die zum Aufstand aufriefen. Aus japanischen Quellen wird gemeldet, daß die Führer der Chunchusen in der Mandschurei den Revolutionären zusagten, eine Revolution in der Mandschurei zu organisieren.

Später läuft noch folgende Meldung aus Peking ein: Das offizielle Regierungsblatt kündigt an, daß die Aufständischen in Hankau am 18. cr. nach einem Gefecht, das den ganzen Tag über gedauert hat, geschlagen worden sind. Fünf mit Truppen aus dem Norden besetzte Eisenbahnzüge sind in Hankau eingetroffen. — Kaiserliche Edikte befehlen, daß die Anführer der Aufständischen streng bestraft werden sollen, fordern die Mißleiteten und diejenigen, die sich dem Aufstande nur gezwungen angeschlossen haben auf, zur Botmäßigkeit zurückzukehren, und warnen die Bevölkerung wie die Soldaten, an dem Aufstande teilzunehmen. Alle See- und Landstreitkräfte im Yangtse-Gebiet werden Yuanschikai unterstellt. Die Auflösung der alten sogenannten Truppen des Grünen Banners soll vorläufig noch unterbleiben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191110202-10/fragment/page=0001

Deutsches Reich.

* **In der Sitzung des Bundesrats** am 19. cr. wurde folgenden Vorlagen die Zustimmung erteilt: 1. betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Warenverzeichnisses zum Zolltarif und der Anleitung für die Zollabfertigung, 2. betreffend die Begründung einer Gemeinschaft zur Essigsäure-Verbrauchsabgabe mit Luxemburg, 3. betreffend die Schenkungsabgabe für Zuwendungen an Kirchen und juristische Personen, die ausschließlich kirchliche, mildtätige oder gemeinnützige Werke verfolgen, 4. betreffend die Vereinbarung mit Japan über das Konsulatswesen und 5. betreffend den Vertrag mit Großbritannien über die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern zwischen Deutschland und gewissen britischen Protektoraten.

* Seine Majestät der Kaiser traf am Donnerstag mittag in Altenahr ein. Nach 1½stündigem Aufenthalte, während dessen der Kaiser mit dem Prinzen und der Prinzessin zu Schaumburg-Lippe, dem Landwirtschaftsminister Freiherrn von Schorlemer, dem Oberpräsidenten Freiherrn von Rheinbaben und dem Gefolge das Frühstück einnahm, erfolgte die Rückfahrt über Mayen nach Bonn. Auf diesem Wege passierte Seine Majestät um 1½ Uhr die Kreisstadt Adenau, die mit Tannen und Wachholder reich geschmückt war. Kriegervereine und Schulkinder bildeten Spalier. Der Monarch wurde von der Bevölkerung stürmisch begrüßt. Um ¾2 Uhr fuhr Seine Majestät durch Virneburg. Aus den umliegenden Ortschaften war die Bevölkerung in großer Menge herbeigeeilt und jubelte dem Kaiser zu. Gegen 2 Uhr fuhr der Monarch unter dem Jubel der Bevölkerung und dem Geläute der Glocken durch die festlich geschmückte Stadt Mayen, das Nettetal entlang nach Schloß Bürresheim, das er besichtigte, dann zurück durch Mayen nach dem Kloster Maria Laach, an dessen Pforte er von dem Abt Freiherrn v. Stotzingen begrüßt wurde. Der Kaiser besichtigte die Kirche, vor allem die neuen Mosaiken in der Hauptapsis und die neuerbaute Orgel, und fuhr nach dreiviertelstündigem Aufenthalt nach Bonn weiter.

* **Reichskanzler v. Bethmann Hollweg** empfing gestern den italienischen Botschafter zu längerer Unterredung und später den amerikanischen Botschafter Leishman.

* **Der Fall Lochow.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Pressemeldungen zufolge soll ein deutscher Reichsangehöriger namens v. Lochow, der nicht, wie behauptet wird, Konsulatssekretär ist, durch die italienischen Behörden aus Tripolis ausgewiesen worden sein. Tatsächlich wurde v. Lochow zum Verlassen von Tripolis seitens des italienischen Konsuls aufgefordert, der vorgab, ihn im Verdacht der Spionage zu haben, doch ist der Ausweisungsbefehl auf den Einspruch des deutschen Konsuls unterblieben. In Rom sind die erforderlichen Schritte getan worden, um den deutschen Untertan vor Belästigungen zu schützen, solange ihm Unbilde zur Schädigung von militärischen Operationen nicht nachgewiesen worden sind.

* **Der neue deutsch-japanische Handelsvertrag** ist dem Reichstag zugegangen. Aus der beigefügten Denkschrift ergibt sich, daß der neue deutsche Vertrag in allen wesentlichen Punkten dem englischen entspricht, nur daß wir uns hinsichtlich der Tarifabreden nicht über den 31. Dezember 1917 hinaus binden wollten. Bezüglich der Einfuhrzölle ist Meistbegünstigung bis zum 31. Dezember 1917 verabredet. Deutschland ist, nach der „Freikonserv. Korr.", in solchem Maße an der Einfuhr nach Japan beteiligt, daß das Interesse an der Meistbegünstigung, wenn man es für beide Staaten nur nach dem Betrage der dadurch erzielten Zollersparnis bemißt, für Deutschland größer sein dürfte als für Japan. Während der Geltungsdauer des Handelsvertrages von 1896 hat sich der deutsch-japanische Handel im allgemeinen befriedigend entwickelt. Nach den statistischen Anschreibungen beider Länder ergibt sich ein erheblicher Ueberschuß der deutschen Ausfuhr nach Japan über die japanische Ausfuhr nach Deutschland, während bei den Vereinigten Staaten, China, Frankreich und Italien die japanische Ausfuhr die Einfuhr ganz erheblich überwiegt! Nur Britisch-Indien, Großbritannien und Deutschland schicken bedeutend mehr Waren nach Japan als sie von dort bekommen. Der prozentuale Anteil Deutschlands an der japanischen Einfuhr ist in den letzten 15 Jahren im wesentlichen der gleiche geblieben und beträgt etwa 10 Prozent der Gesamteinfuhr; in den letzten 5 Jahren stand er etwas über dem Gesamtdurchschnitte der letzten 15 Jahre. Im japanischen Gesamtaußenhandel nimmt Deutschland die fünfte Stelle ein.

Von Beginn der Vorbereitungen für die Handelsvertragsverhandlungen an und während der ganzen Dauer derselben bis zum Schlusse sind die deutschen Interessenten stets in die Lage gesetzt worden, ihre Wünsche schriftlich und mündlich der Reichsverwaltung zur Kenntnis zu bringen.

* **Bei der Reichstagsersatzwahl im ersten badischen Wahlkreise** am 19. cr. erhielt, wie aus Konstanz gemeldet wird, Landgerichtsrat v. Rüpplin (Zentrum) 13 410 Stimmen, Gärtner Schmid (liberaler Block) 11 234 und Buchdrucker Großhans (Sozialdemokrat) 3026 Stimmen. Somit ist Stichwahl zwischen Rüpplin und Schmid erforderlich.

* **Teuerung und Futtermangel.** Dem Reichstage ist folgende Interpellation Ablaß und Genossen zugegangen: „Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler gegenüber der Teuerung der Lebensmittel und den Folgen des Futtermangels zu treffen? Ist er bereit, auf eine wenigstens zeitweilige Aufhebung der Futtermittelzölle sowie auf die Aenderung des Systems der Einfuhrscheine hinzuwirken?"

* **Im Prozeß Becker** hat der Staatsanwalt gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten beantragt.

Deutscher Reichstag.

192. Sitzung vom 19. Oktober, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Delbrück.

Die Besprechung der Interpellation über Verstöße gegen das **Vereins- und Versammlungsgesetz** wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fortschr.): Wenn in einzelnen Bundesstaaten ein systematischer Mißbrauch der Bestimmungen des Vereinsgesetzes vorliegt, so sind die betreffenden Ressortminister auch verpflichtet, hier zu erscheinen. Die Auffassung des Staatssekretärs, die einzelstaatlichen Minister könnten hier nur als Vertreter des Reichskanzlers sprechen, ist nicht scharf genug zu bekämpfen. Die Kompetenz im Vereinsgesetz lassen wir uns nicht wieder nehmen. (Sehr richtig! bei den Freis.) Abg. Gröber spreche doch mit Dante: „Ihr Sterblichen, übt Vorsicht, ehe Ihr richtet!" Was hat denn das Zentrum als ausschlaggebende Partei in den Jahren 1890 bis 1906 auf diesem Gebiete geleistet? Zu den Mängeln in der Ausführung des Gesetzes rechne ich vorerst, daß den Oppositionsparteien im Osten prinzipiell keine Verlängerung der Polizeistunde gewährt wird; dann die Verweigerung aller Versammlungen unter freiem Himmel auf dem Lande, die Saalfabrikeberei, die polemische Beteiligung des Ueberwachungsbeamten an der Debatte usw. Neuerdings mißbilligt auch ein Teil der Zentrumspresse die Ueberlassung von Sälen an Sozialdemokraten, die Presse des Zentrums, die mit der Sozialdemokratie in 10jährigem politischen Konkubinat gelebt hat. (Heiterkeit.) Aber das ist der Dank dafür, daß Sie (zu den Soz.), wie der „Bayr. Cour." sagte, sich als Zutreiber der Schaffung einer christlich-konservativen Struktur des bayerischen Landtags haben mißbrauchen lassen! (Heiterkeit.) Erfreulich ist der Umschwung in Sachsen, gegen den selbst Dr. Oertel nichts ausrichten konnte. So lob ich mir die sächsische Regierung und so wünsche ich mir die preußische. (Beifall bei den Lib.)

Abg. **Schwabach** (ntl.): Ein Wort zu den Beziehungen der wendisch-masurischen Sprache zum Sprachenparagraphen. Die Nichtzulassung der masurischen Sprache widerspricht den früher abgegebenen Zusicherungen.

Staatssekretär Dr. **Delbrück**: Abg. Dr. Müller übersieht, daß nach der Verfassung die Bundesratsbevollmächtigten lediglich das Recht, nicht die Pflicht haben, hier im Reichstage zu erscheinen. Die bundesstaatlichen Minister sind Organen im Reiche nicht verantwortlich. Das Recht des Reichstags, Beschwerden über Verstöße gegen Reichsgesetze vorzubringen, ist natürlich unbestritten. Hinsichtlich der Beziehungen zwischen Polizeistunde und dem Versammlungsrecht bleibe ich dabei, daß die Judikatur der preußischen Gerichte dem Vereinsgesetze nicht widerspricht.

Abg. **Legien** (Soz.): Wir haben die Freisinnigen rechtzeitig gewarnt, ein Gesetz zu schaffen, das von den preußischen Instanzen mißbraucht werden könne. Warum hat aber der Kollege Cuno als Oberbürgermeister in Hagen öffentliche Umzüge nicht gestattet? Daß der Verband der Fabrikarbeiter in Bitterfeld zu einem politischen Verein gestempelt wurde, widerspricht dem Vereinsgesetz. Dies ist so eingerichtet, daß Versammlungen illusorisch gemacht werden können. Unsere Jugendorganisationen als Vereine anzusehen, ist durchaus ungesetzlich. Der Staatssekretär hält nur einen moralischen Druck auf die einzelstaatlichen Regierungen für möglich. Wenn der nur ausgeübt würde, dann würden viele Beschwerden hinfällig.

Abg. **Gröber** (Ztr.): Einen Ausweg aus den Widersprüchen zwischen den höchstgerichtlichen Entscheidungen haben die Vorredner nicht gezeigt. Jetzt streiten sich alle Gelehrte über die Frage der Polizeistunde und nur Herr Müller findet, alles sei klar. Der Staatssekretär will zwischen schankpolizeilichen und vereinspolizeilichen Zwecken unterscheiden. Wer aber entscheidet im Kopf des Gendarmen? Die kommenden Wahlversammlungen dürfen durch Anwendung der Polizeistunde nicht beschnitten werden.

Abg. **Dove** (fortschr.): Ein ideales Gesetz gibt es nicht. Aber ein Fortschritt ist das Vereinsgesetz sicher gewesen. Zu den staatsrechtlichen Bemerkungen des Staatssekretärs sage ich: der Reichskanzler ist doch kein langgezogener Paragraph, sondern ein Mensch von Fleisch und Blut. Er ist der Vertreter des Reichsgedankens und muß dafür sorgen, daß die Gesetze in dem Geiste ausgeführt werden, in dem sie erlassen werden.

Abg. **Leber** (Soz.): Das Verbot der Jesus-Festspiele in Eisenach war durchaus ungesetzlich. Aber im Lande Schillers und Goethes macht sich die Reaktion ebenso breit wie in Preußen.

Staatssekretär **Delbrück**: Sachlich Neues hat Abg. Dove nicht gesagt.

Die Erörterung schließt.

Es folgen die beiden Interpellationen über

die Maul- und Klauenseuche.

Staatssekretär **Delbrück**: Ich bin zur Beantwortung der Interpellation bereit und werde den Termin dem Herrn Präsidenten mitteilen.

Privatbeamtenversicherung.

Staatssekretär **Delbrück**: Die Vorlegung dieses wichtigen Entwurfs noch in dieser Session entspräch Ihren Wünschen. Die Vorlage bringt nichts Neues; sie stützt sich auf die Ihnen 1907 und 1908 vorgelegten Denkschriften und berücksichtigt die Kritik der Oeffentlichkeit. Bringt sie auch manches schwierige Problem, so ist doch ein befriedigender Erfolg zu hoffen. Hier sollen der Versicherungspflicht Gruppen unserer werktätigen Bevölkerung unterworfen werden, die ihr bisher fernstanden, Gruppen, die zwischen Prinzipal und Arbeiter stehen und sich besonderer Vertrauenswürdigkeit erfreuen. Es handelt sich dabei um keine fest abgeschlossene Kasse. Aber ihr muß wirtschaftlich die nötige Widerstandskraft gegeben werden. Ist hier nun ein Versicherungszwang notwendig? Die verbündeten Regierungen bejahen diese Frage zunächst wegen der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Privatangestellten. In der Zeit von 1882 bis 1907 ist die Zahl der selbständigen Existenzen aufs Tausend der Bevölkerung von 115 auf 89 gesunken, die der Angestellten von 11 auf 30 gestiegen. (Hört! hört!) Ein weiterer Grund: soll diese Versicherung leistungsfähig sein, so muß sie sich auf breite Schichten stützen und kann namentlich die jüngeren Angestellten nicht entbehren. Die Leistungen der neuen Versicherung müssen natürlich höher sein als die der Arbeiter. Die obersten Zehntausend der Angestellten konnten unbedenklich aus der Versicherung gelassen werden; wir wählten als Höchstgrenze des Einkommens 5000 Mark. Von der Heranziehung der Privatversicherungsgesellschaften haben wir abgesehen. Die Beteiligung des Reiches wollen wir auf ein Minimum beschränken. Die Unterstützungskassen von Privatinstituten haben wir als Ersatzkassen, soweit möglich, zugelassen. Können wir aber der deutschen Produktion auch diese neuen Lasten zumuten? Der Reichstag hat diese Frage bejaht und die verbündeten Regierungen schließen sich an. (Beifall.)

Freitag 1 Uhr: Fortsetzung.

Schluß 5/6 Uhr.

Ausland.

Die monarchistische Bewegung in Portugal.

Wie in Vigo verlautet, besetzten die portugiesischen Monarchisten am Dienstag die Stadt Montalegre nach einem Kampfe zwischen den Anhängern Conceiros und republikanischer Kavallerie. Von den Republikanern, die zahlreiche Gefangene im Stich ließen, wurden 16 Mann kampfunfähig gemacht. Die Truppen Conceiros sollen nur einige Verwundete haben. Sie sind Mittwoch morgen aufgebrochen, um den republikanischen Verstärkungen entgegenzugehen, die in aller Eile abgesandt worden sind.

Unter dem Widerspruch Alfonso Costas und seiner Freunde, die zusammen den Sitzungssaal verließen, hat die portugiesische Deputiertenkammer die letzten Artikel der Vorlage betreffend die Aburteilung von Verschwörern angenommen.

*

Ein spanischer Ministerrat. Der spanische Ministerpräsident Canalejas kündigte im gestrigen Ministerrat die baldige Wiederherstellung der konstitutionellen Garantien an. Ferner erklärte der Ministerpräsident, er übernehme jede Verantwortung für die Politik in Melilla und im Rifgebiet. Der König, der den Vorsitz führte, versicherte Canalejas seines vollständigen Vertrauens.

Auflösung der ersten schwedischen Kammer. Die erste schwedische Kammer wurde gestern aufgelöst; die Neuwahlen sind ausgeschrieben worden.

Die Luftschiffahrt.

Die Fahrten des „L. Z. 9" und der „Schwaben". Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit, daß das Luftschiff „L. Z. 9" die vorgeschriebene Fahrt von 20 Stunden glatt absolviert hat. Gegen 3 Uhr traf es am gestrigen Nachmittag wieder über Baden-Baden ein. — Nach einer späteren Meldung aus Baden-Oos ist das Luftschiff gestern um 3 Uhr 18 Min. nach zwanzigstündiger Fahrt glatt vor der Halle gelandet. Die eigentliche Fernfahrt hatte bis 10 Uhr gewährt, von da an kreuzte das Schiff über dem Rheintal.

Die „Schwaben" ist gestern um 3.55 Uhr nachmittags über Berlin eingetroffen. Sie näherte sich Berlin der Linie der Lehrter Bahn folgend, flog über Charlottenburg, das Brandenburger Tor und die Straße Unter den Linden nach dem Schloß und machte über dem Alexander-Platz eine Wendung nach Johannisthal. Von einer Ettrich-Rumpler-Taube und einem Harlan-Eindecker umkreist, traf das Luftschiff um 4 Uhr über dem Flugplatz Johannisthal ein. Um 4 Uhr 40 Min. erfolgte etwa 100 Meter vor der Halle die Landung, nachdem zwei Landungsversuche mißlungen waren, weil das Luftschiff wegen der hohen Zuschauertribünen nicht tief genug herabgehen konnte, so daß es gezwungen war, den Flugplatz und seine Umgebung wiederholt zu umkreisen. Um 4⅜ Uhr war die „Schwaben" wohlbehalten in die Halle gebracht worden.

Sechs Passagiere im Zweidecker.

Der Flieger Roger Sommer hat am 18. cr. auf einem Zweidecker sechs Passagiere im Gesamtgewicht von 440 Kilogramm von Reims nach Châlons-sur-Marne und zurück befördert. Das Flugzeug hatte 80 Liter Benzin und 20 Liter Oel an Bord. Der Hin- und Rückflug dauerte bei einer Gesamtlänge von 60 Kilometern 55 Minuten.

Aus Nah und Fern.

Wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse. Der Feingoldschläger Kroher wurde von dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse zu 6 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es: Der Angeklagte war bis September 1910 Unteroffizier in Metz und hat sich schon in der letzten Zeit seines Dienstes vielfach Tadel zugezogen. Später ergab er sich angeblich dem Trunke und geriet dadurch in materielle Not. Nun wandte er sich an Agenten eines französischen Nachrichtenbureaus und machte den Versuch, die Metzer Forts Kaiserin und Kronprinz sowie Einzeichnungen in den Umgebungsplan über den Festungsgürtel an Frankreich zu verraten, was ihm aber nicht gelungen ist. Da der Angeklagte keine Reue zeigt, sondern nur noch bedauert, daß ihm dieser Plan nicht gelungen ist, sah sich der Gerichtshof genötigt, noch über den Antrag des Reichsanwalts hinauszugehen.

Unglücksfall oder Mord? In Kischtym (Bezirk Jekaterinburg) wurde durch einen in ein Fenster abgegebenen Schuß der Amerikaner Americh, Verwalter einer elektrometallurgischen Fabrik, getötet.

Ein doppelter Raubmörder verhaftet? Ein zugereister Handelsmann ist in Hirschberg (Schles.) unter dem Verdachte verhaftet worden, im März 1909 die Witwe Krause in Petersgrund und am Silvester 1910 den Häusler Knöthig in Pomßen ermordet und beraubt zu haben.

Die Weihe des neuen Regierungsgebäudes in Düsseldorf. In Gegenwart der Minister von Dallwitz, Lentze, des Oberpräsidenten von Westfalen v. Rotkirch, des Divisionskommandeurs Generalleutnant v. Schenck, des Landeshauptmanns der Rheinprovinz Dr. v. Renvers und der Spitzen der staatlichen, provinziellen und städtischen Behörden fand gestern mittag die feierliche Einweihung des neuen Regierungsgebäudes in Düsseldorf statt. Regierungspräsident Dr. Kruse hielt die Festrede. Minister des Innern v. Dallwitz erinnerte in einer Ansprache an die geschichtlichen Beziehungen des Niederrheins zu Brandenburg und Preußen, an die Verdienste der Hohenzollern um die jülisch-cleveschen Lande und ging dann auf die hohe industrielle Bedeutung des Düsseldorfer Bezirks ein. Der Minister gab darauf bekannt, daß der Kaiser für den Sitzungssaal des Regierungsgebäudes sein Bild geschenkt habe.

inf. **Frühere Revolutionen in China.** Die Revolution, die augenblicklich durch China tobt und womöglich eine vollständige Umwälzung im Reiche der Mitte herbeiführen wird, ist nicht die erste chinesische Revolution. Ein so ungeheuer großes Reich, in dem Deutschland reichlich 21 mal aufgehen könnte, konnte natürlich von politischen Stürmen nicht verschont bleiben. Gewöhnlich aber pflegen sich solche Stürme in China nur auf einzelne Provinzen zu beschränken. Die letzten beiden großen Revolutionen, von dem Boxer-Aufstand, der sich bekanntlich weniger gegen die Regierung, als gegen die Fremden richtete, abgesehen, ereigneten sich um die Mitte des 18. Jahrhunderts und auch um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Die erste folgte der Entfernung der Jesuiten, die im 17. und 18. Jahrhundert am Kaiserlichen Hofe in hohem Ansehen gestanden hatten. Kaum waren sie entfernt, als aufwieglerische Gesellschaften führ ihr Haupt erhoben. Eine im Volke umgehende Prophezeiung, die Herrschaft der Mandschu gehe zu Ende und die „rothaarigen Völker des Westens" würden den Chinesen im Kriege gegen sie beistehen, regte die Gemüter auf. Als dann 1767 der Krieg der Mandschus gegen die Birmanen unglücklich ablief, standen die Bewohner der südwestlichen Provinz Yünnan, die bisher am wenigsten botmäßig war, auf, schnitten die Zöpfe ab, ließen das Haar nach altchinesischer Sitte wachsen, verjagten die Mandarinen und nannten sich Mingschu, d. h. Leute der leuchtenden Dynastie. Als zufällig ein Blitzstrahl den heiligen Dreifuß in Peking, auf dem in winzigen Mandschu-Schriftzeichen die Siegestaten der Mandschu zu lesen waren, traf, deutete man dies Ereignis als ein Vorzeichen der untergehenden Mandschuherrschaft, und die Unruhen vergrößerten sich stark. Es nützte nichts, daß man die Aufrührer hinrichtete. Die Revolution wuchs von Jahr zu Jahr. Räuberische Banden durchzogen das Reich und kamen bis Peking; erst dort gelang es, sie zurückzuschlagen und damit überhaupt der Revolution einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Langsam ebbte der Aufstand ab. Die geheimen Gesellschaften aber, die ihre Anstrengungen auf den Sturz der Mandschu-Dynastie richteten, konnten nicht ausgerottet werden, sie führten jahrzehntelang einen Guerillakrieg, bis sie im Jahre 1848 (zufällig dem Jahre der europäischen Revolutionen) sich von neuem erhoben und diesmal mit entschiedenem Erfolge. Diese letzte große Revolution in China ist der berühmte Taiping-Aufstand. Er ging jedoch nicht nur von den Geheimbünden aus, sondern er wurde in seinen Anfängen auch durch die traurige Lage der Bevölkerung in Kiangsi veranlaßt. Der Führer des Aufstandes war Hung-sin-tschuen, der sich später Taiping-wang, der Kaiser des Friedens, nannte. Die Revolution dauerte 18 Jahre, 1866 wurde sie durch das Eingreifen der Westmächte unterdrückt.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Sächsischer Provinzialverband der evangelischen Jungfrauen-Vereine.

Der am Dienstag vormittag abgehaltenen Mitgliederversammlung, über die bereits berichtet wurde, folgten zwei öffentliche Versammlungen im großen Saale des Stadtmissionshauses zu Magdeburg. Die erste Versammlung wurde eröffnet mit einer Andacht von Oberpfarrer Dr. Zimmer-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191110202-10/fragment/page=0002

Wernigerode. Der Vorsitzende, Pastor Bach-Halle, begrüßte sodann die zahlreich Versammelten. Im Auftrage des Königl. Konsistoriums sprach Geheimer Konsistorialrat Siegmund Schulze die Freude über den Zusammenschluß der Arbeit aus. Das erste Referat hielt Fräulein Elisabeth Consbruch-Kassel über: „Die Weckung und Pflege des Glaubenslebens im Jungfrauenverein". Nach lebhafter Besprechung wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Grundgedanken und Richtlinien des Vortrags einverstanden, namentlich auch mit der von der Referentin befürworteten Einrichtung von Bibelbesprechungen in den Vereinen, wo solche noch nicht bestehen, überläßt aber die Ausführung dieses Gedankens den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen der Einzelvereine."

Nach gemeinsamem Mittagessen hielt Pastor Fries-Lebusa das zweite Referat über: „Die Notwendigkeit und Art der ländlichen Jungfrauenvereine". Die Notwendigkeit wurde nachgewiesen aus der Unzulänglichkeit aller bisherigen Mittel gegenüber den vorhandenen Notständen. Die Jugend braucht und will Führer zu echter Freude, und sie ist tief in die Unsittlichkeit verflochten, die als größte Not in der ländlichen Jugendpflege anzusehen ist. Demgegenüber braucht man intensive, liebevolle, selbstlose Arbeit an der Jugend, die auf dem Lande manchen äußeren Schwierigkeiten begegnet: es fehlt an Räumen, oft an Leiterinnen, schwierig ist die Wahl der rechten Zeit. Aber man soll arbeiten mit dem klaren Ziele, der Jugend innerlich zu helfen, daß sie Gott gefällig und den Menschen wert sei. Man soll daran denken, daß die jungen Mädchen auch für die Zukunft vorbereitet werden müssen durch allerlei Fortbildung und geistige Anregung, man solle sie zur Selbsttätigkeit bringen. Das wichtigste ist der persönliche Einfluß, der das meiste tun muß. So schloß die Konferenz mit dem Aufruf zur Arbeit, bis man im nächsten Jahre bei einem zu haltenden Instruktionskursus und bei der zweiten Provinzialkonferenz weiter seine Erfahrungen austauschen könne. — Am Abend schloß sich im „Hofjäger" eine Versammlung der Jungfrauenvereine des Kreisverbandes Magdeburg an, bei der u. a. auch Pfarrer Bach-Halle a. S. und Pfarrer Fries-Lebusa Ansprachen hielten. Das Schlußwort sprach Generalsuperintendent Stolte.

Der landwirtschaftliche Verein der Goldenen Aue

hielt Dienstag nachmittag in Nordhausen unter Leitung seines Vorsitzenden, Landrats Schaeper, eine zahlreich besuchte Versammlung ab, in welcher nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten zwei Vorträge gehalten wurden: 1. Kreistierarzt Hans hielt Vortrag über „Die bei der nach den Vorschriften des Landwirtschaftsministers vorgenommene Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche gemachten Erfahrungen". Redner forderte für das Sperrgebiet, daß Stallsperre eingeführt, Geflügel eingesperrt wird, Hunde angelegt werden, für zur Feldarbeit gebrauchte Kühe, daß sie beim Verlassen des Stalles und vor Einführung in denselben durch ein mit Karbolineum desinfiziertes Sandbad geführt und daß die Stall-, Hof- und Dorfwege mit Kalkmilch desinfiziert werden; Händlern Hausierern, Fleischern, Viehkastrierern ist der Eintritt in das Gehöft zu verwehren. Für das Beobachtungsgebiet forderte er Verbot von Festlichkeiten (Kirchweihfesten), Viehmärkten, Viehaufstellungen, das Durchtreiben von Vieh, Desinfektion des Schuhwerks der Milchkutscher und Abgabe nur gekochter Milch in den Molkereien. Erkranktes Vieh erhalte öfters und viel Streu und kräftiges, weiches Futter. Der Mist muß öfters beseitigt und dieser mit Kalkmilch übergossen oder mit Pferdemist überdeckt werden. Letzterer besitzt in seinem hohen Ammoniakgehalte Desinfektionskraft; erfahrungsgemäß werden aus diesem Grunde in Pferdeställen untergebrachte Kühe, Schafe und Schweine von der Maul- und Klauenseuche nicht befallen. Sodann hielt Dr. Böhmer aus Halle einen interessanten und lehrreichen Vortrag über „Die Arbeit der Bakterien im Ackerboden und ihre Förderung durch rationelle Bodenbearbeitung und Düngung" unter Berücksichtigung des Themas „Kalkung und Mergelung". Redner gab ein Bild vom Leben, von dem großen Fortpflanzungsvermögen, von der Tätigkeit dieser kleinsten Pflanzelebewesen, von ihrem Einfluß auf die Bildung von Kohlen- und Stickstoff zur Nahrung für die höheren Pflanzen und zur Erzielung der Bodenkrümelung und Bodengare. Der Vereinsvorsitzende sagte beiden Rednern für ihre Vorträge besten Dank.

*

W. Mansfeld, 20. Okt. (Kirchenneubau.) Die Gemeindebehörden haben beschlossen, die Kirche so umzubauen, wie sie zu Luthers Zeiten war. Die Gesamtkosten betragen 50 000 Mk.

(-) Nordhausen, 18. Oktober. (Feuer. — Maul- und Klauenseuche.) Im Nachbardorfe Görsbach ist gestern abend in der Schweinemästerei des dortigen Molkereibesitzers Winter ein Schadenfeuer ausgebrochen, welches das ganze Gebäude in Asche gelegt hat; drei Pferde und eine Anzahl Schweine sind verbrannt. — Die Maul- und Klauenseuche ist neuerdings auch in dem Nachbarorte Wiedehausen und Friedrichslohra ausgebrochen.

× Aken, 18. Okt. (Die Rübenernte) ist hier und in der Umgegend bald beendet. Im Höchstmaß sind rund 100 Ztr. auf dem Morgen geerntet, während 30 Ztr. das Mindestgewicht darstellen, freilich sind auch Fälle bekannt, wo im ganzen 10 Ztr. von einem Morgen eingeholt worden sind. Der Durchschnitt beträgt hier 50 bis 60 Ztr. Die Menge des Rübenkrautes dürfte zwischen 25 bis 60 Ztr. schwanken. Man zahlt hier für die Rüben 1 Mk. oder 1,05 Mk. und 40 Proz. Schnitzel. Die Unkosten sind in diesem Jahre bei dem schlechten Stande der Rüben die nämlichen wie in guten Jahren. Die Saisonarbeiter erhalten denselben Akkordlohn wie sonst. Verschiedene Zuckerfabriken haben die Kampagne schon eröffnet. Die hiesige Stuhlfabrik ist baulich erweitert, so daß sie auch Zuckerfabrikation in vollem Umfange vornehmen kann.

Wissenschaft, Kunst und Theater.

W. Der diesjährige Nobel-Preis für Medizin ist dem Professor an der Universität Upsala, Allvar Gullstrand, für seine Arbeiten über die Dioptrik des Auges verliehen worden.

W. Berlin, 20. Okt. Im Königlichen Schauspielhaus hatte Hermann Sudermanns neue Tragödie „Der Bettler von Syrakus" bei ihrer gestrigen Uraufführung einen lebhaften äußeren Erfolg.

Kongresse und Ausstellungen.

W. Der Weltkongreß der Hotelbesitzer, der seine Beratungen beendete, wählte als nächsten Kongreßort Paris.

Sport und Jagd.

— Rennen zu Berlin-Weißensee. Rehhahn-Handicap. 2000 Mk. 1. Augustins Ferdinand, 2. Odaliske, 3. Meise. Tot.: 43 : 10; Platz: 23, 35, 45 : 10. — Preis von Carow. 2400 Mk. 1. Ottones Brennus, 2. Radau H, 3. Astra. Tot.: 115 : 10; Platz: 42, 45, 20 : 10. — Preis von Weißensee. 5000 Mk. 1. Steinerts Teufelsmaid, 2. Meum, 3. Blaufuchs. Tot.: 32 : 10; Platz: 18, 69, 35 : 10. — Preis vom Prälaten. 2000 Mk. 1. Sudrows Marmeene, 2. Preso Cri, 3. Glorreich. Tot.: 512 : 10; Platz: 97, 24, 131 : 10. — Preis von Ostende. 4000 Mk. 1. Mennels Grace Hilton, 2. Raute, 3. Jenny. Tot.: 12 : 10; Platz: 11, 12, 17 : 10. — Preis von Bernau. 2400 Mk. 1. Walls Spinetell, 2. Troll, 3. Eiche. Tot.: 34 : 10; Platz: 18, 26, 14 : 10. — Entschädigungs-Handicap. 2600 Mk. 1. Kergels Fatum, 2. Azolla, 3. Wemstock. Tot.: 65:10; Platz: 21, 22, 16 : 10.

Schiffsbewegungen der Kaiserlichen Marine.

Berlin, 19. Oktober. „Albatroß" ist am 17. Oktober von Cuxhaven nach Schillig-Reede gegangen. Reichspostdampfer „Bleist" mit dem Ablösungstransport für „Planet" hat am 18. Oktober von Bremerhaven die Ausreise angetreten. Führer ist bis Genua Oberleutnant zur See Schlenther, dann Korvettenkapitän Reichard.

Letzte Telegramme.

Die Dauerfahrt des „L. Z. 9".

Berlin, 20. Okt. Ueber die Dauerfahrt des Militärluftschiffs „L. Z. 9" werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Das Schiff geriet zwischen Koblenz und Mainz in dichten Nebel. Die Gefahr lag nahe, daß es an die französische Grenze treibe. Infolgedessen wurde der Kurs geändert und der Plan, Metz zu erreichen, aufgegeben. Zwischen 9 und 10 Uhr vormittags wurde das Ziel, die Baden-Badener Luftschiffhalle, vom Luftschiff gesichtet. Es manövrierte in der Umgebung der Halle so lange, bis die vorgeschriebene Fahrtdauer von 20 Stunden erreicht war. Dann ging es nieder und landete vor der Halle. Die Abnahme durch die Militärbehörde ist noch gestern erfolgt.

Wie die Vandalen gehaust.

Paris, 20. Okt. Einige hundert stellenlose französische Kellner drangen in das Stellenvermittlungsbureau für nichtfranzösische Kellner ein, nachdem vorher die Fensterscheiben eingeschlagen und vier Beamte vertrieben worden waren. Die Ausschreitenden hausten in den Bureaus wie die Vandalen.

Der italienisch-türkische Krieg.

Konstantinopel, 20. Oktober. In der türkischen Kammer erklärte der Großwesir weiter, was das Verlangen nach Repressalien gegen Italien anbetreffe, müsse man bedenken, ob die Maßnahme dem verfolgten Ziele nützlich sei. Auch die Franzosen hätten 1870 die Deutschen ausgewiesen, hätten dann aber Milliarden zahlen müssen. Daher hätten die Türken provisorisch die Durchführung der Ausweisungen aufgehoben und nur Anweisungen gegeben, keine neuen Italiener ins Land zu lassen. Ferner sei entgegen anderen Behauptungen angeordnet worden, jeden Widerstand zu leisten. Ueber das Ergebnis der Vermittlungsverhandlungen könne er nichts Bestimmtes sagen. Der Großwesir wandte sich dann gegen eine Isolierungspolitik und wies weiter auf die Gefahren hin, die durch andere Verwicklungen entstehen könnten. Man sage, daß andere Staaten Vorbereitungen träfen.

*

Börsen- und Handelsteil.

Die Pariser Börse.

Aus Paris, 19. Okt., wird uns gemeldet: Die Börse eröffnete in unregelmäßiger Haltung. Auf verschiedenen Umsatzgebieten neigten die Kurse zur Abschwächung. Dagegen herrschte gute Nachfrage für Rio-Tinto-Aktien, auf Nachrichten aus New-York und die gute Haltung des Kupfermarktes. Auch russische Fonds und spanische Werte zeigten gute Haltung. Später trat allgemein Lustlosigkeit ein infolge der Ungewißheit, welche bezüglich der auswärtigen Politik besteht und wegen der bevorstehenden Liquidation. In der letzten Stunde trat die Abschwächung stärker hervor, auch Rio-Tinto-Aktien wurden realisiert. Es war das Gerücht verbreitet, daß der Botschafter Cambon nach Paris berufen werden würde zur Entgegennahme neuer Instruktionen.

*

—y. Rositzer Braunkohlenwerke, A.-G. In dem soeben ausgegebenen Geschäftsbericht wird festgestellt, daß es dem erweiterten mitteldeutschen Braunkohlensyndikat nicht gelungen sei, in dem Hauptprodukt Briketts die Preise zu festigen, ja nicht einmal zu halten. Vielmehr seien die Verrechnungspreise um 3 M gegen das Vorjahr weiter gesunken. Ebenso habe es den alten Verkaufsvereinswerken keinen Mehrabsatz gebracht. Weiter ungünstig für das Unternehmen war, wie die Verwaltung ferner bemerkt, der zu Anfang Mai ausgebrochene Streik der Kohlenarbeiter, wodurch zwei Monate der Hauptabsatzperiode der Gesellschaft vollständig verloren gingen. Auch das neuerbaute Werk „Herzogin Adelheid", Kohlenverwertungsgesellschaft m. b. H., habe Verlust gebracht. Schließlich sei noch zu erwähnen, daß auf die demnächst zu Ende kommende Kohlengewinnung im alten Molbitzer Tagbau ein Verlust von ca. 30 000 M zu verbuchen ist. Im neuen Geschäftsjahr sei durch den Brand der Brikettfabrik in Rositz, dem Stammwerk der Gesellschaft, ein weiterer Betriebsausfall zu beklagen, da dort zunächst die Brikettfabrikation unmöglich geworden sei. Der Bau der neuen Fabrik soll tunlichst beschleunigt werden. Nach Abschreibungen von 478 905 M (darunter 51 170 M Verlust auf das Adelheidwerk) bleibt ein Reingewinn von 270 878 M. Davon sollen 225 000 M als 5 Prozent Dividende dienen (i. V. 10 Proz. Dividende) und es verbleiben alsdann nach Zahlung der Tantieme 37 722 M (50 098 M als Gewinnvortrag.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— Berlin, 19. Oktober. (Amtliche Notierungen der Produktenbörse.) Weizen per 1000 kg. Inländ. 205,00 M bis 206 M ab Bahn. Normalgew. 755 g. Abnahme im Oktober — M, im Dezbr. 212,50—212,25—213—212,75 M, Abn. im Mai 1912 218,75—218—218,50—219,25 M. — Roggen für 1000 kg. Inl. 184 bis 185 ab Bahn. Normalgewicht 712 g. Abnahme im Oktober 185,50 M, Abnahme im Dezember 189,75—189,25—189,50 M, Abnahme im Mai 1912 196,00—196,25—196,00 M. — Hafer für 1000 kg. Normalgewicht 450 g. Abn. im Okt. 186,00 M, Abnahme im Dezember 187,75—188—187,50 M, Ab. im Mai 1912 192—191,75 M. — Mais für 1000 kg (ohne Angabe der Provenienz). Abn. im Dez. —,— M — Weizenmehl per 100 kg brutto einschl. Sack ab Bahn und ab Speicher. Nr. 00 25,50—28,50 M, feinste Marken über Notiz bezahlt. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: 22,10—24,10 M, Abn im Oktober —,— M, Abnahme im Dezember —,— M, Abnahme im Mai —,— M — Rübbl für 100 kg mit Faß in Mark. Abnahme im Oktober —,— bis —,— M, Abnahme im Dezember 71,30—71,10 M, Abnahme im Mai 1912 66,00 B.

Frühmarkt. (Amtliche Notierungen.) Berlin, 19. Oktbr. Weizen loko ab Bahn und frei Mühle, 205—206,00 M, Mai 1912 218,75 bis 219,00 M, Oktober —,— bis —,— M, Dezember 212,50 M — Roggen loko ab Bahn und frei Wagen, 183,00 bis 184,00 M, Abnahme im Mai 1912 —,— bis 196,00 M, Abnahme im Oktober —,— bis —,— M, Abn. im Dezember 189,75 M — Gerste, leichte inländische Futtergerste 177,00—184,00 M, schwere bo. 185,00—194,00 M, russische und Donau leichte 156,00 bis 165 M, bo. schwere 166—175 M frei Wagen und ab Bahn. — Hafer, neuer mkt., mecklbg. bomm., pol., schles. fein 200—208, bo. mittel 196—199 bo. gering 193—195, alter ———, russ. feiner 190 bis 198, mittel 186 bis 189 M, gering 181 bis 185 M, Lieferung Dezember ——, Mai —,— M ab Wagen und ab Bahn. Mais, amerikanischer mixed 180 bis 184 M, bo. abfallende 166—170 M, runder 176—180 M, bo. abfallender ——— M, türk. und serb. ——— M frei Wagen. — Erbsen, inländ. Futterware, mittel 72—170 M, russische bo. 172—179 M, feine Taubenerbsen 186—196 M, Viktoriaerbsen ——— M, kleine Kocherbsen ——— M frei Wagen und ab Bahn. Weizenmehl 00 loko 25,50—28,50 M. Roggenmehl 0 u. 1 loko 22,10 bis 24,10 M. Weizenkleie grobe 13,00—13,50 M, feine 13,00 bis 13,50 M. Roggenkleie 13,25—13,75 M Bohnen —— bis ——— M Linsen ——— M

L. Weltmarkt. Berlin, 19. Oktober. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mk. für 1000 kg ausschließl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) Weizen Berlin 755 gr., Oktober —,—, Dez. 212,75. Newyork Red Winter Nr. 2 loko 159,70, Dez. 164,35, Chicago Northern I Kryp. Dez. 156,40, Mai 163,75. Liverpool Red Winter Nr. 2 Dez. 171,15. Paris Lieferungsware Okt. 204,00. Budapest Lieferungsware Oktbr. 203,85. Odessa Ulka 9 3/4—4 % Bes. einschl. Bordspesen loko 158,00. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—. Roggen: Berlin 712 gr. Okt. 185,50, Dez. 189,50. Odessa 9 9/16 einschl. Bordspesen loko 125,10. Hafer: Berlin 450 gr. Okt. 186,00, Dez. 187,50. Mais: Berlin Lieferungsware Okt. —,—, Newyork mixed Dez. —,—. Buenos-Aires Durchschnitts-Qualität bordfrei —,—.

L. Hamburg, 20. Oktober. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließl. Fracht, Zoll u. Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. Weizen: Redwinter II Okt./Nov. Baltimore —,— M, dito Western 222 M, Hardwinter II Okt./Nov. Chicago 235 M, Goldkörnen 235 M, Manitoba Okt./Nov. IV 223 M. V 214 M, Argent. Barusso 79 kg Sept./Okt. 228 M, Rosafé 78 kg Sept./Okt. 230 M. Australi. schwim. 227 M, Choice White Karachi Okt. 220 M, Ulka Okt./Nov. 9 Pud 35 226 M, 10 Pud 227 M — Roggen: Südr. 9 Pud —,— M Futtergerste: Südr. 58/59 kg schwim. 146 M, Okt. 146 bis 147 M, Nov. 148 M, Dez. 149 M, Jan./April 151 M — Hafer: Nordruß. 50/51 kg 3 % Okt./Dez. 179 M, Jan./April 186 M, La Plata 46/47 kg Febr./März 174 M — Mais: Mixed schwim. 164 M, Dez./März 160 M, Odessa Okt. 160 M, Dez. 159 M, Donau Okt. 161 M

Kartoffeln, Kartoffelmehl, Stärke.

— Magdeburg, 19. Oktober. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Paritätt frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 28,75—29,25 Mk. Tendenz: stetig.

— Berlin, 19. Oktober. Kartoffelstärke und Kartoffelmehl 27,75—28,25 Mk., feuchte Stärke 16,50 Mk.

Spiritus.

— Hamburg, 19. Oktober. Spiritus fest, Oktober 24,25 G., Oktober-November 24,25 G., November-Dezember 24,25 G.

— Paris, 19. Oktober. Spiritus ruhig, Oktb. 72,00, Nov. 69,50, Januar-April 70,50, Mai-August 70,50.

Oele und Oelfrüchte.

— Köln, 19. Oktober. Rüböl loko 74,50, Mai 70,00.

— Hamburg, 19. Oktober. Rüböl ruhig, loko verzollt 73,00.

— Amsterdam, 19. Oktober. Leinöl fest, loko —, Novbr. —, Novbr.-Dezbr. —, Januar-April 41 3/4, Mai-August —.

— Paris, 19. Oktober. Rüböl ruhig, Oktbr. 73,50. Novbr. 73,75, Januar-April 75,25, März-Juni 74,00.

Zucker.

W. Hamburg, 19. Oktober. Rüben-Rohzucker, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo, per Oktober 17,57 1/2, per November 17,40, per Dezember 17,42 1/2, per Januar-März 17,50, per Mai 17,57 1/2, per August 17,67 1/2. Tendenz: ruhig.

W. London, 19. Oktober. Rüben-Rohzucker 88 % Oktober 17 sh. 5 1/2 Wert, stetig, Javazucker 96 % prompt 18 sh. 6 nom. fest.

Kaffee.

— Hamburg, 19. Oktober. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) Okt. 70 G., Dez. 70 3/4 G., März 69 1/2 G., Mai 69 3/4 G. Tendenz: stetig.

— Amsterdam, 19. Oktober. Java-Kaffee, good ordinary, ruhig, loko 52.

— Havre, 19. Oktober. Kaffee. Good average Santos Dez. 89 1/4, März 87, Mai 86 3/4, September 1912 88 1/4. Tendenz: stetig.

W. Rio de Janeiro, 18. Oktober. Kaffee, Zufuhren 10 000 Sack in Rio, 74 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— Bremen, 19. Oktober. Baumwolle, steiger. Upland middling loko 49,50 Pfg.

— Antwerpen, 19. Oktober. Wolle. La Plata-Kammzug Type B Dez. 5,22 1/2 bez., Sept. 5,10 bez. Tendenz: Ruhig.

— Liverpool, 19. Oktober. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Stetig. Amerikanische middling Lieferungen: Stetig. Per Okt. 5,05, per Okt.-Nov. 5,01, per Nov.-Dez. 4,95, per Dez.-Jan. 4,96, per Jan.-Febr. 4,98, per Febr.-März 5,00, per März-April 5,02, per April-Mai 5,04, per Mai-Juni 5,06, per Juni-Juli 5,08.

Petroleum.

— Hamburg, 19. Oktober. Petroleum luftlos, Amerik. spez. Gewicht 0,800 6,50.

Metalle.

— Amsterdam, 19. Oktober. Banczinn fest, loko 114 3/4.

— London, 19. Okt. Blei, span. 15 7/16 Lstrl., engl. 15 5/8 Lstrl., Zinn 189 7/8 Lstrl., Zink 27 1/2 Lstrl., Chili-Kupfer 55 7/16 Lstrl., 3 Monate 56 1/4 Lstrl.

— Glasgow, 19. Oktober. (Schlußbericht.) Roheisen ruhig. Middlesborough Warrants III 46 sh. 3 1/2 d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— Leipzig, 19. Oktober. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 172 Rinder (46 Ochsen, 51 Bullen, 13 Kalben, 53 Kühe, 9 Fresser), 805 Kälber, 194 Stück Schafvieh, 2052 Schweine; zus. 3203 Tiere. Preise: Ochsen: I. —, II. 83, III. 75, IV. 67 M für 50 kg Schlachtgew. Bullen: I. 82, II. 79, III. 76, VI 73 M für 50 kg Schlachtgew. Kalben und Kühe: I. —, II. —, III. 74, IV. 65, V. 58 M für 50 kg Schlachtgew. Fresser (gering genährtes Jungvieh) — M. Kälber: I. —, II. 58, III. 52, IV. 35 M für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 43, II. 40, III. 35 M, IV. — für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 64, II. 66, III. 59, IV. 53, V 53 M für 50 kg Schlachtgew. Ueberstand: 1 Rinder, davon — Ochsen, 1 Bullen, — Kühe, — Kalben, 1 Kälber, — Schafe, 6 Schweine. Geschäftsgang: Rinder langsam, Kälber mittel, Schafe langsam, Schweine mittel.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 19. Oktober. Roter Winter-Weizen loko 103, per Okt. ——, per Dez. 106, per Mai 110 3/4, per Juli —. Mais per Okt. —, per Dez. —, per Mai ——. Mehl 4,30. Getreidefracht nach Liverpool 2 3/4.

W. Chicago, 19. Okt. Weizen per Dez. 101 1/8, per Mai 105 3/4. Mais per Dez. 65 3/8.

W. New-York, 19. Okt. Petroleum Standard white in New-York 7,35, bo. in Philadelphia 7,35, bo. in Refined Cases 8,85, bo. Credit Balances at Oil City 130.

W. New-York, 19. Okt. Schmalz Westernsteam 9,20, Rohe und Brothers 9,75.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebensleben, für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Oertlichkeit: Heinrich Mieschner; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle a. S. — Für unverlangt eingehende Manuskripte und Beiträge übernimmt die Redaktion keinerlei Verpflichtungen.

Bank für Handel u. Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S. Alte Promenade 3, gegenüber d. Stadttheater, Aktienkapital: 160 Millionen Mark. Reserven: 32 Millionen Mark. Ausführung sämtlicher bankgeschäftlicher Transaktionen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191110202-10/fragment/page=0003

Berliner Börse, 19. Okt. 1911

Die Rubrik in Quralschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeuten: 1.J.,4.J. 1.Apr. | 7.Juli | 1.Okt. | 1.1.,7.1.,4.1.,10.1. | 15.3.,9. | 15.5.,11. | 15.8.,12. | 1.Apr. | 1.Mai | 1.Aug. | 1.Nov. | 1.2.,8. | 1.5.,11. | 15.4.,10. | 1.1.,6.1.,12. | 1.Jan. | 1.Juli | 1.Okt. | 1.4.,10. | 1.5.,11. | 15.5.,11. | vierjährl. | 15. | 1.2.,5.,8.11. | 1.3.,6.9.12. | 1.4.,7.10.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. = Gest. 1 g. Gold: 2 M. Währ.: 1.70, 1 Rr.: 0.85, 1 Rbl.: 2.16, 1 Kronen: 1.12, 1 Gulden: 1.70, 1 Dollar: 4.20, 1 Pfund Sterl.: 20.40 M. 1 Gold-Rbl.: 3.20 — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4.20 — 1 Pfund Sterling 4% %.

Berlin. Bankdiskont 5 %, Lombardzinsfuß 6 %, Privatdiskont 4⅝ %.

a bedeutet einschliesslich Dividende. Nachdr. verb.

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen sind die mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Beginn des Handelsjahres am Anfang des Monats angegeben. Bei den Dividendenwerten (industrielle, bank- u. Bahn-Aktien) betragen die usancemäßigen Zinsen in Mark pro Stück, notierende Papiere in Prozenten notiert.

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen sind die mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Beginn des Handelsjahres am Anfang des Monats angegeben. Bei den Dividendenwerten (industrielle, bank- u. Bahn-Aktien) betragen die usancemäßigen Zinsen in Mark pro Stück, notierende Papiere in Prozenten notiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191110202-10/fragment/page=0004